



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Kotschwar

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: natalie.kotschwar@stadt-koeln.de

Datum: 30.03.16

Niederschrift

über die **siebte Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, 10.03.2016, 17:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Beate Blatz	Rubicon e.V.
Frau Sophie Sänger	TX Köln
Herr Jochen Saurenbach	Rheinfetisch e.V.
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Herr Harald Hennicken	Rheinfetisch e.V.
Herr Stephan Classen	HomoKlüngel e.V.
Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Pia Gleditzsch	TX Köln
Herr Dirk Lankow	St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft v. 2012 e.V.
Frau Nicole Sperrmann	Jugendzentrum anyway

Beratende Mitglieder

Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Erika Oedingen	SPD (für Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes)

Verwaltung

Frau Nina Rehberg	Leitung - Diversity (5001)
Herr Christian Rahmfeld	Diversity - Fachstelle für LST (5001/3)

Frau Natalie Kotschwar	Diversity - Fachstelle für LST (5001/3) (Praktikantin)
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen (56)
Frau Nadine Thiel	Historisches Archiv – Bestandserhaltung (44/6)
Frau Anja Kleck	Polizei Köln
Herr Werner Adamek	Polizei Köln
Herr Gerald Hennen	SchLeKs
Herr Franco Prandi	Personalmanagement (111/2)

Gäste

Frau Ina Wolf	LGBTIQ-Refugees Cologne
Herr Ibrahim Mokdad	LGBTIQ-Refugees Cologne
Frau Sina Vogt	LGBTIQ-Refugees Cologne
Herr Willi Kutsch	Centrum Schwule Geschichte
Frau Gema Rodríguez Díaz	Rubicon e.V.

Entschuldigt fehlen:

Frau Monika Borth	KLuST e.V.
Herr James Barthel	KLuST e.V.
Herr Christoph Klausing	CDU
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Frieder Wolf	Amt des Oberbürgermeisters (01-4)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Diversity**
 - 3.1 Gemeinsame Sitzung der Diversity-Gremien
- 4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 5 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
 - 5.1 Bericht des Centrums Schwule Geschichte zum Zustand der Räumlichkeiten des CSG in Kalk
 - 5.2 Ehrenamtspreis „KölnEngagiert 2016“
0181/2016
- 6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln**
- 7 Flüchtlinge und LSBT**
 - 7.1 Vorstellung der Initiative LGBTIQ-Refugees Cologne
 - 7.2 Rückfrage zur Beantwortung der Beschlussempfehlung des StadtAG LST vom 19.01.2015
 - 7.3 Sexuelle Übergriffe in Flüchtlingwohnheimen
0114/2016
- 8 Trans***
 - 8.1 Sachstand zum Projekt Trans* in Krankenhäusern
- 9 Opferschutz und Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner bei der Polizei Köln**

10 Berichte aus Ausschüssen

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

- 11.1 Beschlussempfehlung zur Durchführung einer Studie zum Thema "Lesben, Schwule und Transgender als wirtschaftlicher Standortfaktor für die Stadt Köln"
- 11.2 Statement der StadtAG LST zu den Vorkommnissen in der Silvesternacht in Köln

12 Anfragen/Anträge

- 12.1 Anfrage zur zukünftigen Ansiedlung der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender im Dezernat der Oberbürgermeisterin

13 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

14 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Rehberg eröffnet die Sitzung und entschuldigt Frau Klug, da diese aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen kann. Sie begrüßt die Mitglieder der StadtAG sowie die Gäste Herrn Willi Kutsch (Centrum Schwule Geschichte), Frau Ina Wolf, Frau Sina Vogt und Herrn Ibrahim Mokdad (Initiative LGBTIQ-Refugees Cologne), sowie Frau Anja Kleck und Herrn Werner Adamek (Polizei Köln). Frau Dr. Blatz äußert ihr Bedauern, dass Frau Klug nicht anwesend sei. Frau Rehberg zeigt Verständnis und nimmt dies gern mit.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Frau Rehberg bedankt sich bei Frau Knaup für die vergangenen anderthalb Jahre und erklärt, dass Frau Knaup in der Verwaltung eine neue Stelle angetreten habe. Sie stellt Frau Kotschwar als neue Praktikantin in der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender vor, die auch die Niederschrift der Sitzung erstellen werde.

Frau Rehberg stellt fest, dass die Niederschrift der letzten Sitzung einstimmig genehmigt wird.

Sie bittet um folgende Änderungen in der Tagesordnung:

- Top 9 solle auf Grund von Anschlussterminen vorgezogen werden und an dritter Stelle behandelt werden.
- Top 7 solle zu einem Gesamtpunkt zusammengelegt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

9 Opferschutz und Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner bei der Polizei Köln

Frau Kleck stellt sich den Anwesenden als Opferschutzbeauftragte im Polizeipräsidium Köln vor. Sie besetze dieses Amt nun seit anderthalb Jahren.

Herr Adamek stellt sich ebenfalls als Opferschutzbeauftragter vor. Er und seine Kollegin wollen sich als Ansprechpartner_in zur Verfügung stellen. Herr Adamek erklärt,

dass die Polizei in Zusammenarbeit mit dem LSVD und dem AlsPol in den 90er Jahren Präventionsarbeit geleistet habe und auch auf dem CSD vertreten gewesen sei. In den Aufzeichnungen im Rahmen des Opferschutzes werden Übergriffe, die sich auf der sexuellen Orientierung begründen, nicht dokumentiert.

Beispiele für die Arbeit der Opferschutzbeauftragten seien damals die Unterstützung bei der Anzeigenaufgabe, die unmittelbare Vermittlung, die Unterstützung bei betriebsinterner Benachteiligung gewesen. Durch geringen Zulauf habe sich die Polizei dazu entschieden, die Sachraten extern im Beschwerdemanagement und intern im Opferschutz zu bündeln. Es wurde außerdem entschieden, dass diese Aufstellung beibehalten werden solle, falls es keine Bedingungen gäbe, die eine Änderung erforderlich machen.

Auf Initiative des Landeskriminalamtes werden zurzeit neue Flyer zum Thema „Diversity“ entwickelt, eine Informationskampagne durchgeführt und die Belegschaft entsprechend informiert.

Er erklärt, dass die Opferschutzbeauftragten über die polizeiliche Auskunft 2290 mit dem Stichwort „Opferschutz“ zu erreichen seien.

Des Weiteren erläutert er, dass die Belegschaft der Polizei selbst vielfältig aufgestellt sei.

Herr Schuhmacher bedankt sich für die Erläuterungen. Er empfinde den Prozessweg über eine telefonische Auskunft als nicht gerade niedrig-schwellig. Es sei wichtig, die Themenbereiche Opferschutz nicht mit „Diversity“ zu verwechseln, und diese gesondert von einander zu betrachten. Herr Schuhmacher widerspricht außerdem der Aussage, dass die Zahlen keine Auskunft über Gewalt gegen LST gäben. Seit 2015 sei die Polizei auf Eigeninitiative in der Pflicht, den Kontakt mit den nicht-staatlichen Organisationen zu suchen. Damit wolle er an die Auftragslage erinnern und unterstreichen, dass die Polizei handeln müsse. Dies stehe nach seiner Einschätzung bisher aus. Was die Zahlen betrifft, könne man sich beispielsweise an den Zahlen zu Gewalttaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung orientieren, die beispielsweise in eingetragenen Lebenspartnerschaften passieren. Wichtig sei die nähere Inaugenscheinahme dieser Straftaten. Er könne die Argumentation zur Dokumentation von sexuellen Orientierungen nachvollziehen, dies habe hier aber einen anderen Kontext, da es sich hierbei um zu schützende Umstände handele und nicht um zu verfolgende. Die immer wieder auftauchenden Artikel zu Fällen von Gewalt gegen LST seien Grund genug für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema.

Die Rechtslage sei in diesem Falle eindeutig und ziehe sich von EU-Recht bis hin zu Landesrecht über alle Ebenen.

Er verweist außerdem auf die Homepage der Polizei in Paderborn, auf der die Opferschutzbeauftragten direkt genannt werden, und sieht ein großes Bedürfnis nach entsprechender Kommunikation nach außen. Er wünscht sich, dass man nachfolgend in einen intensiveren Dialog gehe.

Herr Saurenbach erfragt den Standort der Opferschutzbeauftragten, woraufhin Herr Adamek antwortet, dass sie im Polizeipräsidium Kalk zu finden seien.

Herr Saurenbach verweist auf den AlsPol, der zwar in den letzten Jahren inaktiv schien. Vor einem halben Jahr habe sich jemand beim LSVD gemeldet und scheint dort anknüpfen zu wollen. Er erfragt, ob die Polizei dies wisse.

Herr Adamek verneint dies. Er wolle unterstreichen, dass es sich bei der Arbeit des Opferschutzes nicht um soziale Arbeit handele, sondern dass es darum gehe Kriminalitätsoffern weiterzuhelfen. Die AlsPol sei außerdem keine Alternative für den Opferschutz, der als entsprechender Ansprechpartner auf Seiten der Polizei angesiedelt sei.

Herr Adamek widerspricht dem Eindruck zu geringer Aktivitäten der Polizei und verweist auf das Hilfenetz der Polizei. Ausführungen hierüber würden den Rahmen sprengen, er freue sich jedoch auf die konstruktive Zusammenarbeit.

Frau Rehberg hofft auf einen Austausch zur angesprochenen internen Umsetzung von „Diversity“.

Herr Schuhmacher bietet an, den Kontakt zur Polizei zu suchen und bei den stimmberechtigten Mitgliedern nach Interessierten für einen Arbeitskreis zu fragen.

Herr Spröde unterstreicht, dass ihm der weitere Zusammenhang zwischen Opferschutz und Diversity fehle, da beide Themenkomplexe zu verschieden seien.

Herr Adamek erklärt, dass die Opferschutzbeauftragten als Polizeibeamte dem Strafverfolgungszwang unterlägen. Er lege großen Wert darauf, dass sie demnach für jeden ansprechbar seien, die ein polizeiliches Anliegen haben. Das habe zur Folge, dass das Zielpublikum entsprechend vielfältig sei.

Bezüglich Diversity liege das Augenmerk darauf, dass keine Diskriminierung entstehe, weder intern noch rechtlich fassbar extern.

Herr Spröde ist der Ansicht, dass die Diversität innerhalb der Polizei nicht den Arbeitsansatz für den Opferschutz biete und dass dazu auch die Präventionsarbeit gegen Diskriminierung gehöre.

Herr Adamek erläutert, dass der Fokus der Polizei ausschließlich auf Gewaltprävention liege.

Frau Rehberg schlägt weitere Ausführungen in einem anderen Rahmen, evtl. in der nächsten Sitzung, vor.

Frau Sänger erfragt, ob Statistiken vorlägen, in der Gewalttaten gegen Trans*-Menschen und die entsprechenden Ursachen aufgeführt werden, die als Grundlage für Präventionsmaßnahmen fungieren könnten.

Herr Adamek verneint dies und verweist auf den Grundsatz, nicht diskriminieren zu wollen und das Bundesgesetz zur Durchführung der polizeilichen Kriminalstatistik. Opferdaten werden generell nur in seltenen Fällen erhoben.

Frau Rehberg bedankt sich bei Frau Kleck und Herrn Adamek, die daraufhin die Sitzung verlassen.

3 Diversity

3.1 Gemeinsames Treffen der städtischen Arbeitsgemeinschaften, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen

3443/2015

Frau Rehberg berichtet über das Fortschreiten der Planungen für ein gemeinsames Treffen der StadtAGs, des Integrationsrates und des Arbeitskreises Kölner Frauenvereinigungen. Das Treffen sei für Freitag, 15.04.2016 von 13:00 bis 16:30 Uhr geplant, die Einladung hierfür solle am Freitag, 11.03., versendet werden.

Sie bedankt sich bei Frau Dr. Blatz, Frau Brauckmann und Herrn Schuhmacher, die die StadtAG LST in den Vorbereitungstreffen vertreten haben und mit den anderen Vertretenden ein Konzept für die Gestaltung des Nachmittags entworfen haben. Das Hauptthema des Nachmittags sei „In welcher Stadt wollen wir gemeinsam leben?“.

Sie möchte außerdem in der nächsten Sitzung genauer auf die momentane Agenda der Punktstelle Diversity eingehen und erwähnt beispielsweise die zweite Schulung für Führungskräfte für die Amtsleiter_innen der Stadt Köln, die am 12./13.04. stattfinden solle.

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Frau Dr. Blatz erfragt den Sachstand zur Städtepartnerschaft und der Einstellung von Geldern für städtepartnerschaftlichen Austausch während des CSDs in den Haushalt.

Frau Rehberg erklärt, dass der Haushalt zurzeit aufgestellt werde, sie aber keine weiteren Angaben machen könne, da das Budget im Vorjahr bei dem Büro für Internationale Angelegenheiten (01/4) eingestellt worden sei. Sie verweist diesbezüglich auf eine schriftliche Antwort.

Herr Wolter verweist darauf, dass im Vorjahr nicht sämtliche Mittel ausgegeben wurden und bittet darum, zu erfragen, was mit den Mitteln, die nicht ausgegeben wurden, geschehen sei. Eine Übertragung ins jetzige Geschäftsjahr sei möglich, offen sei, ob dies auch geschehen sei.

Im Falle von Dringlichkeit müsse bei 01/4 oder der Kämmerei mit Nachdruck nach Geldern gefragt werden.

Frau Dr. Blatz stimmt Herrn Wolter zu und fragt nach der weiteren Verfahrensweise.

Frau Rehberg erklärt, dass sie diese Frage nun mitnehmen und schriftlich beantworten werde.

Frau Dr. Blatz erbittet einen Zeitrahmen.

Frau Rehberg erklärt, dass zurzeit vorläufige Haushaltsführung herrsche und der Haushalt noch nicht verabschiedet sei.

Herr Schuhmacher bittet die stimmberechtigten Mitglieder, die Verwaltung mittels einer Bitte oder eines Auftrags um den Sachstand zum Haushalt bis zum 30.03. zu erfragen. Sollte bis zum 30.03. keine Antwort vorliegen, müsse man dies als Desinteresse am Thema interpretieren.

Herr Wolter weist darauf hin, dass Einladungen ins Ausland eine gewisse Vorlaufzeit benötigen.

Frau Rehberg erbittet eine Abstimmung.

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

Die stimmberechtigten Mitglieder stimmen einstimmig für den Vorschlag von Herrn Schuhmacher.

5 Sachstandsberichte und Mitteilungen

5.1 Bericht des Centrums Schwule Geschichte zum Zustand der Räumlichkeiten des CSG in Kalk

Frau Thiel gibt an, dass eine entsprechende Begehung der Räumlichkeiten des CSGs am Vortag stattgefunden habe. Abschließende Bemerkungen seien jedoch zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich, da Klimaaufzeichnungen gemacht werden müssen. Sie schätze den Zeitraum hierfür auf zwei bis vier Wochen, da alle Wetterperioden mit einbezogen werden sollen.

Herr Kutsch erläutert, dass das CSG in Köln das Älteste in Deutschland sei. Aufgabe sei, Materialien zu sammeln, auszuwerten und Wissenschaftler*innen zur Verfügung zu stellen. Die Aufzeichnungen erstrecken sich über Köln und das Rheinland hinaus. Aus der Sicht der Betreiber des CSGs sei das Gebäude ohne Heizung, was den Winterbetrieb einschränke und weshalb Besuchsanfragen abgesagt werden müssten. Die Bibliothek umfasse 5500 Bücher und leide unter anderem unter Schimmelbildung, die wegen eines undichten Fallrohrs aufgetreten sei. Obwohl der Schaden inzwischen behoben sei, habe das Mauerwerk die Feuchtigkeit aufgenommen.

Durch die Schimmelbildung entstehe ein Gesundheitsrisiko für die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen des CSGs. Herr Kutsch gibt an, dass die Instandhaltung des Gebäudes von Seiten der Vermieter ausgeschlossen sei.

Er schätze den niedrigen Mietpreis der Räumlichkeiten, dennoch sei es bereits zur Vernichtung von Materialien gekommen, da diese unwiderruflich beschädigt waren.

Er bittet um sach- und fachgerechte Unterbringung in entsprechenden Räumlichkeiten. Er lädt die Anwesenden ein, sich vor Ort ein Bild zu machen. Die politischen Parteien und verschiedene Verwaltungsebenen seien auf die Situation aufmerksam gemacht worden.

Herr Sauernbach wendet ein, dass man in einem schimmelbefallenen Haus kein Archiv führen könne. Er verstehe nicht, weshalb man dafür zuvor eine Erhebung brauche, bis gehandelt werde.

Frau Thiel verweist auf die zu fertigende Dokumentation der Wetterdaten. Es bestehe die Möglichkeit, dass kleinere Reparaturen schon zweckerfüllend seien. Eine isolierte Sicht sei nicht informativ.

Herr Saurenbach erfragt, was nach den von Frau Thiel angegebenen zwei bis vier Wochen geschehen solle. Er gehe davon aus, dass die Aufzeichnungen ergeben werden, dass die Räumlichkeiten nicht tragbar sind. Er wisse gern, mit welchem Gesamtzeitraum zu rechnen sei.

Frau Thiel unterstreicht, dass sie nicht für die Vergabe von Räumlichkeiten zuständig sei. Sie stimme vom momentanen Standpunkt aus zu, dass die Räumlichkeiten nur bedingt für die Lagerung von Archivgut geeignet seien. Empfehlungen für Verbesserungen seien jedoch noch nicht abzusehen und durch die Aufzeichnung in Arbeit. Die Vergabe von neuen Räumlichkeiten schätze sie als zeitaufwendig ein, weshalb es wichtig sei, die Lage schnellstmöglich zu verbessern.

Frau Dr. Blatz fasst zusammen, dass neben den Berichten von Herrn Kutsch ein Antrag vom KLuST vorliege. Sie erinnert daran, wie tragisch der Verlust von archivierten Daten sei. Die Sammlung von fundierten Daten sei wichtig und unterstützend für den Sachverhalt. Sie erfragt, ob die Räumlichkeiten tatsächlich nicht mehr zu retten und der Auszug die einzige Möglichkeit seien, wie sich der „Besuchsverkehr“ der Gäste des Archivs gestalten solle, und wie schlussendlich mit der Gesamtsituation verfahren werden solle. Sie bittet darum, den Punkt in die folgende Sitzung aufzunehmen.

Herr Schuhmacher erfragt die Höhe der Förderung, die die Stadt Köln dem CSG zukommen lasse, und wie hoch die Miete sei. Er verstehe es so, dass die Stadt Köln Miete an sich selbst zahle, wenn auch über verschiedene Budgets.

Herr Kutsch erklärt, dass die Förderung in Höhe von 8500,-€ über das historische Archiv erfolge. Die Miete läge bei ca. 500,-€. Der Rest werde für Bestandserhaltung ausgegeben. Die weitere Finanzierung erfolge über Fördermitgliedsbeiträge. Er bedankt sich bei Frau Thiel für die Begehung am Vortag.

Er erklärt, dass die ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen Schulungen zur Lagerung des Archivgutes besuchen, und dass Geräte zur Digitalisierung angeschafft werden. Die Betreiber des CSGs haben das Projekt selbst als Laien übernommen und seien für die Hilfestellung der Stadt dankbar.

Frau Oedingen schlägt Räumlichkeiten im ehemaligen Kinderkrankenhaus in Köln-Weidenpesch vor. Diese ständen seit geraumer Zeit leer. Zurzeit habe ein Galerist

Teile seiner Galerie dort gelagert. Sollten die Untersuchungen ergeben, dass diese für ein Archiv nicht tragbar seien, halte sie die Umsiedelung in dieses denkmalgeschützte Gebäude für eine gute Alternative, soweit dies mit der Gebäudewirtschaft zu vereinen sei.

Frau Rehberg bittet um eine Abstimmung, ob die Beschlussempfehlung auf die nächste Sitzung vertagt werden solle.

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

5.2 Ehrenamtspreis „KölnEngagiert 2016“

0181/2016

Frau Rehberg erläutert, dass das Thema „Ehrenamt“ auch in diesem Jahr wieder von großer Bedeutung sein solle und dass es die Möglichkeit gäbe, sich daraufhin zu bewerben. Außerdem können natürlich auch andere Akteure vorgeschlagen werden.

Frau Brauckmann erklärt, dass die Information an die Organisationen und Gruppen weiter getragen werden solle, um sich dann Gedanken um Vorschläge zu machen. Die Unterlagen liegen schriftlich vor.

6 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

Frau Brauckmann berichtet, dass der Arbeitskreis kürzlich tagte. Außerdem berichtet sie, dass sie im Ausschuss Anregungen und Beschwerden das Thema vorbringen konnte. Sie verweist auf den besprochenen Vorschlag, zentral gelegene Plätze und Straßen nach Elke Mascha Blankenburg, Sybille Mertens-Schaafhausen, Charlotte Wolff und Marlene Dietrich zu benennen. Alle Fraktionen hätten dies sehr begrüßt. Außerdem wäre der Vorschlag geäußert worden, diese Liste fortzuführen und zu recherchieren, welche frauen-solidarischen Frauen in Kölns Partnerstädten Beachtung gefunden haben. Frau Brauckmann verweist im Zuge dessen auf das neu zu gründende Stadtviertel in Deutz und erklärt, dass das Gespräch hierfür gesucht werde.

Des Weiteren gebe es Planungen für den CSD bzw. ColognePride 2017. Dies stehe für die kommenden Treffen auf der Agenda.

7 Flüchtlinge und LSBT

Frau Rehberg begrüßt die Gäste der Initiative LGBTIQ-Refugees Cologne und Herrn Ludwig (Wohnungsamtsleiter).

Frau Wolf stellt sich vor. Sie erläutert, dass eine Umbenennung stattgefunden habe, um die deutschlandweite Vernetzung zu unterstützen, der neue Name laute „Rainbow Refugees Cologne – Support Group“. Im Oktober haben Mitglieder des PrideSalons die Initiative gegründet. Dies erfolgte mit der Unterstützung von Baraka, Rubicon e.V. und Rom e.V.

Nachfolgend haben zwei Kick-off-Abende stattgefunden, die beide gut besucht gewesen seien.

Die Gruppe bestehe aus Fachleuten, Engagierten und den Geflüchteten selbst. Aufgabe sei es, zu vernetzen, sich in rechtlichen und fachlichen Dingen zu schulen, Deutschunterricht zu organisieren, Wohnraum und Hilfe zu vermitteln.

Auf Initiative von Herrn Mokdad sei das Konzept zum Sofra entstanden, eine Gruppe, die sich regelmäßig im anyway trifft und gemeinsam Unternehmungen macht. Außerdem verweist sie auf den Zeitungsartikel im Kölner Stadtanzeiger.

Frau Wolf erklärt, dass sie gemeinsam mit Herrn Mokdad Fälle von Gewalt gegen LST-Geflüchtete dokumentieren möchten. Herr Mokdad besuche regelmäßig die Treffen von Baraka und fungiere als Vertrauensperson.

Sie berichtet vom direkten Kontakt mit Geflüchteten in den Heimen und von Interviews, die Herr Mokdad mit 18 Trans* und Schwulen geführt habe. Die Aufzeichnungen ständen dem Flüchtlingsrat und Rubicon zur Verfügung und befänden sich im Stadium der Validierung. Bei den aufgezeichneten Sachverhalten handele es sich unter anderem um Mobbing, Nötigungen, Vergewaltigungen und Messerattacken.

Sie erklärt weiterhin, dass viele Betroffene kein Coming-Out hatten, da dieses Konzept ein eher westliches sei. Viele Väter, die mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind, hätten hier erst ihr Coming-Out.

Sie verweist auf die Tatsache, dass das Land Berlin inzwischen eine Unterkunft für über 100 LST-Geflüchtete habe, wie auch Nürnberg. In Berlin sei man außerdem auf der Suche nach Sicherheitspersonal, Küchenpersonal, etc. mit schwul-lesbischem Hintergrund.

Frau Wolf äußert den Wunsch nach einer dezentralen Unterbringung für LST-Geflüchtete.

Sie erinnert daran, dass die Gewalt, vor der die Menschen geflohen seien, sich im Zusammenhang mit dem Druck in den Heimen fortsetze.

Schwule Geflüchtete würden doppelte Diskriminierung erleben, zum Beispiel werde ihnen der Zutritt zu Schwulen-Kneipen verweigert.

Generell ginge es nicht darum, jemandem „etwas weg zu nehmen“, lediglich eine Umverteilung wäre notwendig. Außerdem hoffe sie auch für Geflüchtete ohne LST-Hintergrund auf dezentrale Unterbringungsformen.

Herr Mokdad stellt sich vor. Er beginnt seinen Bericht mit der Zitierung des §1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Er erklärt, dass nicht nur Krieg als Grund für die Flucht diene, sondern auch die Angst vor Familie, Verwandtschaft, Nachbarn, der Politik und der Regierung im Falle der „Enttarnung“ ihrer sexuellen Orientierung.

Er erklärt, dass sich die Situation im Hinblick auf das Verstecken der sexuellen Orientierung vor und nach der Flucht ähnele. Nötigungen, Mobbing, Belästigungen und Vergewaltigungen seien keine Einzelfälle.

Er spreche im Namen von LST-Geflüchteten, wenn er sagt, dass diese sich nicht willkommen fühlten, und fürchteten, abgeschoben zu werden.

Andere gingen der Prostitution nach, um den Aufenthalt in den Aufnahmeunterkünften zu vermeiden.

§14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte besage, dass jeder das Recht habe, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Er bittet um einen geschützten Raum für LST-Geflüchtete, Informationsmaterial in den Unterkünften und die Unterstützung und Beratung.

Frau Vogt erläutert, dass ein großes Netzwerk an Ehrenamtlichen bestehe. Das drängendste Problem sei wohl der Wohnraum. Man wünsche sich 14 dezentrale Wohneinheiten mit je 4 Zimmern. Frau Vogt schlägt vor, über wenigstens 60 Plätze nachzudenken.

Man müsse annehmen, dass der Anteil der LST-Flüchtlinge mindestens bei 5% oder höher liegen müsse, da die sexuelle Orientierung auch ein Fluchtgrund sei.

Des Weiteren fordere die Initiative einen Handlungsplan von Seite der Stadt Köln und die Unterstützung von LST-Geflüchteten in Rechtsfragen.

Der Kölner Flüchtlingsrat stelle zurzeit Fachkräfte für Rechtsberatung für LST-Geflüchtete im Rahmen von 5 Std/Woche zur Verfügung. Die Gesamtkosten hierfür lägen bei ca. 8750,-€/jährlich.

Frau Rabenstein bedankt sich für das Engagement der Initiative und verspricht, sich politisch für das Thema einzusetzen und an der Bearbeitung der genannten Forderungen zu arbeiten.

Herr Schuhmacher bedankt sich ebenfalls und fügt weitere Punkte für die Stadtverwaltung hinzu. Er erläutert, dass die meisten rechtlichen Grundlagen schon seit längerem vorhanden seien. Daher müssten in der Verwaltung entsprechende Verfahrensmaßnahmen bekannt sein. Zurzeit ständen fünf Plätze zur Verfügung, deren Belegungsrechte bei der Stadt Köln lägen. Jedoch sei bisher keine Klärung möglich gewesen.

Seit zwei Jahren ständen 1,5 Mio. € an Fördermitteln bereit, die für die Unterbringung von Menschen mit HIV oder AIDS gedacht seien. In diesem speziellen Fall sei auch die Unterbringung von Geflüchteten denkbar.

Oftmals seien es ehrenamtliche Mitarbeiter_innen, die sich um individuelle Lösungen bemühten.

Herr Ludwig stellt sich und die Arbeit seines Amtes vor. Er erklärt seine Sympathie mit Herrn Mokdad und sichert außerdem zu, die 10 bis 14 geforderten Wohneinheiten zu prüfen und nach Möglichkeit schnellstmöglich umzusetzen. Diese möchte er kurz- bis mittelfristig mit Hilfe der Initiative öffnen. Dies sei trotz des großen Drucks möglich. Der entsprechende Personenkreis müsse adäquat untergebracht werden, dies sollte sich als umsetzbar gestalten, da es nur um die richtige Verteilung ginge. Eine dezentrale Unterbringung wäre außerdem sowohl für die LST-Geflüchteten als auch für die Stadt die beste.

Bezüglich des Handlungsplanes erklärt er, dass sein Amt nicht der federführende Handlungspartner sei und verweist auf die Fachstelle LST. Er wolle sich jedoch gern mit den ihn betreffenden Punkten einbringen.

Die Beratung durch den Kölner Flüchtlingsrat könne er nachvollziehen. Um hier Gelder verfügbar zu machen, seien politische Prozesse und Beschlüsse notwendig.

Auf Herrn Schuhmachers Aussagen bezogen erklärt Herr Ludwig, dass für die Grundstücksuche die Liegenschaftsverwaltung zuständig sei. Er sei gern bereit, Herrn Schuhmacher zu vermitteln.

Frau Rodríguez Díaz stimmt den Ausführungen von Frau Wolf, Frau Vogt und Herrn Mokdad zu. Im Zusammenhang mit der momentanen Situation der Geflüchteten seien persönliche Erfahrungsberichte von großer Bedeutung. Sie unterstreicht, dass die LST-Geflüchteten in ständiger Angst lebten und eine dezentrale Unterbringung ein Pluspunkt für Köln sein könne.

Sie erklärt, dass nach den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen der Migrationsarbeit inzwischen auch die ehrenamtlichen Mitarbeitern*innen überfordert seien. Daher sei es dringend notwendig, die Arbeit weiter zu unterstützen. Informationsplakate seien inzwischen an Frau Bokranz vom Amt für Wohnungswesen weitergegeben worden, diese werden nun in die Unterkünfte verteilt. Dies könne dazu führen, das LST-Geflüchtete vermehrt den Kontakt zu den Sozialarbeiter*innen suchen, was wiederum Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter*innen voraussetzen könnte.

Sie bezieht sich auf Herrn Schuhmacher und erinnert daran, dass auch unter den LST-Geflüchteten HIV-positiv getestete Menschen seien und dass es daher sicher eine Möglichkeit gäbe. Sie bedankt sich nochmal bei der Initiative und kündigt an, diese für „KölnEngagiert 2016“ vorschlagen zu wollen.

Herr Wolter dankt Herrn Mokdad für seinen Einsatz und die offenen Worte zu seiner Lebensgeschichte und verspricht Hilfe. Er erklärt, dass auch hier manche Prozesse länger bräuchten als andere, und dass die Beweggründe hierfür nicht immer ganz eindeutig seien.

Er stimme Frau Vogt zu, dass es sich tatsächlich nicht um große Beträge handele, er ein Vorankommen in Aussicht sähe.

Frau Oedingen bedankt sich ebenfalls bei Herrn Mokdad und sichert die Unterstützung der SPD zu. Sie hoffe, dass die Verwaltung sich um eine dezentrale Lösung bemühen werde und angemessene Wohnräume finden werde.

Sie gibt an, in Köln-Weidenpesch mögliche Wohnräume zu kennen. Sie werde die Entwicklung mitverfolgen.

Herr Schuhmacher ist dankbar für die Unterstützung von Herrn Ludwig und nehme die Hilfe gern an. Er erklärt, dass oftmals viele Stellen zuständig sein, sodass der eigentliche Prozess intransparent werde.

Frau Rehberg erklärt, dass das Thema „Angst“, wie von Frau Rodríguez Díaz erklärt wurde, ein großes Hindernis im weiteren Integrationsprozess sein kann. Auch in diesem Jahr solle eine Landesförderung koordiniert über das Kommunale Integrationszentrum erfolgen. Es handele sich hierbei um ca. 400.000,-€, die als Sachmittel an Träger und Initiativen vergeben werden können. Die Richtlinien und Zuschüsse werden allerdings noch nicht veröffentlicht. Die Kommunalen Integrationszentren NRWweit wurden über die Planung und anstehende Umsetzung vom Land informiert. Für diese Förderungen seien besonders Stellen eingeplant, die sich jedoch bisher nicht im Besetzungsverfahren befänden. Für die Initiative bestände somit jedoch die Möglichkeit, Gelder zu beantragen. Seitens der Fachstelle LST sei man gern bereit, weiter zu vermitteln und zu unterstützen.

Bezüglich des Handlungsplans erkläre sie sich verantwortlich und baue hierbei auf das Fachwissen der Beteiligten.

Frau Rehberg verweist weiterhin darauf, dass das interkulturelle Maßnahmenprogramm der Stadt Köln unter anderem vorsieht, fünf halbe Stellen zur Flüchtlingsberatung zu finanzieren. Diese Stellenanteile wurden bei den Trägern des „Beratungsnetzwerks Menschen ohne Papiere“ angesiedelt. Die Finanzierung dieser dringend notwendigen Beratungsarbeit konnte aus dem Integrationsbudget 2015 für die Zeit vom 15.9. – 31.12.2015 anteilig sichergestellt werden. Eine Weiterführung der Maßnahme ist nach derzeitigem Stand ab 2016 vorgesehen.

Die Geflüchteten-Beratung und die 5 halben Stellen sollen von dem Posten, der im Budget vom Integrationszentrum dafür vorgesehen ist, profitieren.

Frau Dr. Blatz fasst zusammen, dass eine Vorlage aus Januar 2015 vorliege, die immer noch nicht bearbeitet sei. In dieser Vorlage wurde das Thema bereits vorgestellt. Die Flüchtlingsquote bei Baraka habe zu diesem Zeitpunkt bei 60% gelegen. Inzwischen läge diese zwischen 95% und 99%. Sie fände es peinlich, dass in einer Stadt wie Köln Anyway, die Aidshilfe, Rubicon und die Initiative ehrenamtlich arbeiteten.

Am 10.09. sei ein Ratsbeschluss erfolgt. Rubicon habe am 21.09. einen Antrag an die Stadt gestellt, der bisher unbeantwortet sei.

Sie wolle diesen Antrag trotzdem noch einmal zusammenfassen:

Zum einen forderten sie entsprechenden Wohnraum. Dies sei nun bereits in die Wege geleitet. Außerdem die finanzielle und strukturelle Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit im LST-Bereich, welche eigentlich hauptamtlich übernommen werden müsse.

Des Weiteren einen Handlungsplan für den sie auf das „Konzept zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz besonders vulnerablen Gruppen in Unterkünften für Geflüchtete“ der Stadt Gießen verweise.

Außerdem bittet Frau Dr. Blatz darum, den Punkt „Flüchtlinge und LSBT“ zu einem ständigen Tagesordnungspunkt zu machen.

Frau Rehberg bittet um Abstimmung, ob der Punkt „Flüchtlinge und LSBT“ ständiger Tagesordnungspunkt werden soll.

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

Somit wird einstimmig entschieden, den Punkt „Flüchtlinge und LSBT“ als ständigen Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufzunehmen.

Frau Rehberg bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

Somit wird der vorliegende Antrag als Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Herr Ludwig erbittet einen Ansprechpartner für die Koordinierung der LST-Geflüchteten.

Frau Rehberg stimmt dem zu und bietet an, im Dreiklang arbeiten zu können.

8 Trans*

8.1 Sachstand zum Projekt Trans* in Krankenhäusern

Frau Sänger erläutert, dass es sich hierbei um ein Projekt handele, welches sich mit den Unsicherheiten auf Seiten der Trans*-Patienten und dem Pflegepersonal beschäftige. Es handele sich um eine Initiative, die beide Seiten vorbereiten solle. Durch die Unterstützung von Frau Oberbürgermeisterin Reker und Frau Bürgermeisterin Schöntwerpes stände man inzwischen in engem Kontakt mit dem Leiter der Notaufnahme der Klinik in Holweide. Er habe sich dazu bereit erklärt, einen Fragebogen zu entwerfen, der an die verschiedenen Kliniken verteilt werden solle. Dieser solle den Bedarf von Trans* und Pflegepersonal klären. Der Fragebogen werde mit Hilfe von Prof. Dr. Guido Heuel von der katholischen Hochschule NRW unterstützt und voraussichtlich in der folgenden Woche zur Verfügung stehen. Frau Klug habe in der vorigen Sitzung ihre Unterstützung zugesichert und angeboten, ihre Kontakte zur Verfügung zu stel-

len. Frau Sänger bittet Frau Klug, dies zu tun und bittet die Fachstelle LST, diese Bitte an Frau Klug weiter zu tragen.

10 Berichte aus Ausschüssen

Es liegen keine Berichte aus den Ausschüssen vor.

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

11.1 Beschlussempfehlung zur Durchführung einer Studie zum Thema "Lesben, Schwule und Transgender als wirtschaftlicher Standortfaktor für die Stadt Köln"

Frau Rehberg gibt an, dass ein schriftlicher Antrag für eine Beschlussempfehlung zu diesem Thema vorliege und erteilt Herrn Sauernbach das Wort.

Herr Saurenbach erklärt, dass die letzte Erhebung 2002 stattgefunden habe. In dieser wurden zwei Tage CSD mit zwei Monaten Karneval verglichen. Man könne die beiden zeitlich unterschiedlich bemessenen Feierlichkeiten nicht miteinander vergleichen, zumal die Gastronomie nicht der einzige Faktor sei. Auch der Textil-Einzelhandel und andere Branchen seien betroffen. Er schätze einen Betrag von 60.000,-€ als Minimum ein. Ihm sei bewusst, dass es sich hierbei um viel Geld handele, dass aber andere Ausschüsse mit viel höheren Summen im Millionenbereich umgingen. Er erinnert daran, dass LST 10% der Bevölkerung in Köln ausmachen. Die erste Idee hierfür stamme aus 2002, 2012 habe sie neuen Anschub bekommen.

Herr Spröde erklärt, dass das ehrenamtliche Engagement in diesem Kreis ein weiterer Wirtschaftsfaktor für die Stadt Köln sei. Zu erklären, dass die LST-Community der Stadt auch viel Geld einbringe, könnte die Haltung der „ewigen Bittsteller“ verändern. Die wirtschaftliche Kraft der Community benötige nun eine entsprechende Dokumentation.

Frau Rehberg bittet um Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

Die Beschlussempfehlung wurde somit einstimmig beschlossen.

11.2 Statement der StadtAG LST zu den Vorkommnissen in der Silvesternacht in Köln

Frau Rehberg gibt an, dass eine Stellungnahme von Frau Brauckmann und Frau Dr. Blatz verfasst worden sei und erteilt Frau Brauckmann das Wort.

Frau Brauckmann bezieht sich auf eine vorangegangene Einigung, diese Stellungnahme zu erstellen. Sie verliest die Stellungnahme daraufhin.

Frau Rehberg erklärt das Bemühen der Verwaltung, die Stellungnahme als Pressemitteilung herauszugeben. Sie lässt darüber abstimmen, ob dies im Interesse der StadtAG sei.

Abstimmung: Für: 8 Stimmen; Wider: 0 Stimmen; Enthaltung: 0 Stimmen.

Es wurde somit einstimmig beschlossen, dass die Geschäftsführung sich um eine Veröffentlichung bemüht.

Im Falle einer Nicht-Veröffentlichung der Pressemitteilung erbittet Herr Schuhmacher um in Kenntnissetzung der Mitglieder der StadtAG. Herr Rahmfeld wird die Mitglieder kontaktieren, sollte dies der Fall sein.

12 Anfragen/Anträge

12.1 Anfrage zur zukünftigen Ansiedlung der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender im Dezernat der Oberbürgermeisterin

Frau Brauckmann erinnert an die verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen der Kandidatur der Oberbürgermeisterin. Frau Reker habe in diesem Zusammenhang angegeben, wie wichtig sie die Ansiedlung der Fachstelle LST als Stabstelle im Bereich der Oberbürgermeisterin finde. Im Gespräch mit Frau Reker und untereinander sei man zu dem Schluss gekommen, dass es einen anderen Einfluss hätte, wenn die Fachstelle der Oberbürgermeisterin unterstellt wäre. Frau Reker sei nun im Wort.

Frau Rehberg erklärt, dass die Geschäftsführung den Sachstand erfragen und aus dem Amt der Oberbürgermeisterin eine Stellungnahme erbitten werde, die der StadtAG zeitnah zugehen werde.

Des Weiteren werde es zeitnah eine Mitteilung bezüglich der Aufgaben des neuen Flüchtlingskoordinators im Dezernat der Oberbürgermeisterin geben, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sei.

13 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Rehberg stellt fest, dass in der nächsten Sitzung der StadtAG das Thema „Centrum Schwule Geschichte“ erneut bearbeitet werden soll und der Punkt „Flüchtlinge und LSBTI“ als ständiger Tagesordnungspunkt aufgenommen wird.

14 Verschiedenes

Frau Brauckmann erfragt, wann mit der Besetzung der Stelle von Frau Knaup zu rechnen sei.

Frau Rehberg antwortet, dass die Stellenausschreibung intern bewilligt wurde. Das interne Besetzungsverfahren beginne also in naher Zukunft. Sollte sich in diesem Verfahren kein*e geeignete*r Mitarbeite*in melden, werde die Stelle extern ausgeschrieben.

Frau Rehberg hofft auf eine schnelle Nachfolge.

Frau Rehberg bedankt sich bei den Mitgliedern für ihr Kommen und schließt die Sitzung.

gez. Gabriele C. Klug
(Stadtkämmerin)

gez. Christian Rahmfeld
(Fachstelle für LST)